Jahrg. I. Mittwoch, den 8. Juni 1921 Nr. 1.

FREIES WORT
FÜR OBERSCHLESIEN.

Erscheint 2 mal wöchentlich | Für Freiheit und Recht! | Preis pro Exempl. 30 Pfennig



Ich klage an!

Vier Wochen sind vergangen, seit das polnische oberschlesische Volk mit vehementer Wucht, gefährdet durch eine bisher noch nicht dementierte Erklärung der Interalliierten Kommission, zu den Waffen gegriffen hat, um den Boden zu gewinnen, den es für sich aus historischen Gründen, und weil es den Gemeindeweisen Bestimmungen entsprechend ist, beansprucht.

Vier Wochen sind eine lange Zeit und man kann während dieser Frist erkennen, ob es sich um eine künstlich entfachte Bewegung Einzelner handelt, oder um eine aus der Masse heraus geborene Aktion. Auch, ob die Massen, die für sich das Land in Anspruch nehmen, befähigt sind es zu verwalten oder nicht. Ich hatte Gelegenheit viele der besetzten Ortschaften und Landstriche zu besuchen und spreche daher nicht aus Nacherzählungen, sondern **aus eigener Anschauung** heraus.

Vergleicht man die **Berichte in der deutschen Presse** mit den Tatsachen, so muss man staunen, mit welcher unverfrorenen Ruhe Behauptungen aufgestellt, die auch **nicht im geringsten Ausmasse zutreffen.**

Ich führe hier zur besseren Verständlichkeit **einige Beispiele** an:

Die deutsche Presse berichtete, dass das **Schloss** in **Slawentzitz völlig ausgeplündert** sei. Das **ist Lüge.** Ich sah und besuchte das Schloss. Ich kenne es auch aus der Zeit, in der es vom Fürsten noch bewohnt war. Es ist **nichts verändert.** Es ist alles geblieben, wie es war. Die Teppiche, die Möbel, die Lüster usw. sie stehen am gleichen Platze, wie vordem.

Die deutsche Presse berichtete, dass **Slawentzitz, Ujest** und **Rudzinitz** von den **Deutschen erobert** seien und dass die deutschen Selbstschutzformationen dicht vor Laband ständen. Auch **das ist Lüge.** Die Deutschen waren niemals in Slawentzitz seit es von polnischer Seite eingenommen wurde und noch viel weniger in Ujest oder Rudzinitz oder gar Laband.

Die deutsche Presse berichtete, dass **die Polen** den **Bahnhof** in **Rosenberg** in die **Luft gesprengt** hätten. Auch **das ist Lüge,** denn der Bahnhof steht, wie er war, geringe Beschädigungen ausgenommen, die bei einem hin und her wechselnden Kampfe unvermeidlich sind.

Ich klage an! **Warum berichtigt die deutsche Presse in den Städten nicht diese Nachrichten, zumal mir bekannt ist, dass sie und ihre verantwortlichen Leiter wissen, dass ihre Berichte falsch waren?** Warum tut man nichts dazu, damit die **Bevölkerung der Städte,** die ihre geistige Nahrung zum grössten Teil aus den Quellenmaterial der deutschen oberschlesischen Presse deckt, **aufgeklärt wird,** indem man einbekennt, dass sich die Leitung der Freiheitskämpfer und diese selbst alle Mühe geben, um Ordnung hineinzubringen in den Wirrwarr, der notgedrungen als Folge der kriegerischen Ereignisse der ersten Kampftage eintreten musste? Warum teilt die deutsche Presse ihren Lesern nicht mit, dass **die Züge** auf den Bahnstrecken, die von Freiheitskämpfern **in Betrieb gesetzt wurden,** dass diese Züge auf die Minute genau abfahren und ankommen, dass die Sicherheit des Fahrens nicht um ein Jota geringer ist als zur Zeit, als die preussische Eisenbahndirektion die Leitung innehatte? Warum gibt die deutsche Presse nicht bekannt, **dass überall,** wo das neue Regime herrscht **Ruhe und Ordnung herrscht,** dass man sich sicher und beruhigt auf den Landstrassen bewegen kann und **dass Mord und Totschlag, Diebstahl und Raub,** der in Oberschlesien leider, leider bis zur Erhebung vom 3. Mai 1921 an der Tagesordnung war, **aufgehört haben?**

Warum erfüllt die deutsche Presse nicht ihre publizistischen Pflichten und orientiert und klärt ihre Leser auf? Warum beharrt man beim bisherigen Prinzip des Hasses, der nationalen Verhetzung und des Standpunktes, dass alles polnischsprechende, polnisch-fühlende Volk Paria sei?

Ich klage an! Die **Stadtväter** von **Kattowitz, Gleiwitz** und **Beuthen,** sie sind verantwortlich dafür, dass das Volk dort darben muss, dass die Säuglinge, die werdenden und stillenden Mütter Mangel leiden müssen, dass die harmlosen, die ruhigen Bürger dauernd in Angst und Schrecken leben und ihres Lebens beim Betreten der Strassen nicht mehr sicher sind, dass sie bei Nacht aufgeschreckt werden aus dem erquickenden und dem menschlichen Körper so notwendigen Schlaf, dass sie in ihrer persönlichen Freiheit beraubt werden, weil die Zernierung der Städte ihnen eine freie Bewegung nicht erlaubt?

Warum sträubt man sich in diesen hochverantwortlichen Kreisen gegen die Wünsche, die allenthalben laut und lauter aus der Mitte der vernünftig und ruhig denkenden Bevölkerung immer stärker hörbar werden und weigern sie sich die Herrschaft der Freiheitskämpfer anzuerkennen? Wie lange noch, so fragt sich der ordnungsliebende Bürger mit Recht,

Mahnruf in letzter Stunde!

Die fortschreitende Krise in Oberschlesien hat uns veranlasst, ein Blatt herauszugeben, dass **ganz objektiv** zur Lage Stellung nehmen will und vor allem als **obersten Grundsatz** verfolgt: **„Nationale Aussöhnung“.**

Der Weltkrieg hat ein Problem aufgerollt, das bisher in der Politik und Diplomatie völlig unbekannt war, nämlich das **„Selbstbestimmungsrecht der Völker“.**

Auch wir Oberschlesier sind als zweisprachiges Gebiet in dieses Problem verwickelt worden und es tut, angesicht der nationalen Gegensätze, dringendst not, aufzuklären und auszusöhnen.

Es soll nicht bestritten werden, dass deutsche Arbeitskraft an der Entwickelung unserer Industrie grossen Anteil hat, allein dieser Anspruch gibt Deutschland trotzdem kein Recht, Alleinherrschaft in Oberschlesien zu üben. Das alte Regime war kulturell und national darauf bedacht, den Oberschlesier polnischer Zunge zu unterdrücken. Die Techniker und Beamten, die Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen waren gewohnt, **selbstherrlich** zu walten und zu schalten, **ohne Rücksicht** auf die **Eigenart der polnischen Bürger.**

Die Revolution änderte nichts am bislang verfolgten Ostmarkenprinzip, obwohl der Versailler Vertrag den unterdrückten Nationen Selbstbestimmung verprach.

Den oberschlesischen Polen aber wurde die Morgenröte nationaler Freiheit durch deutschnational-reaktionäre Kurzsichtigkeit verdunkelt und in der Sorge um die Zukunft, um nationale Eigenart und Freiheit griff der polnische Oberschlesier im August 1919 und 1920 und nun im Mai 1921 zu den Waffen.

Das Plebiszit brachte keine Erlösung. **Durch Machenschaften** kapitalistischer Natur **sucht man** die **Rechte** der oberschlesischen **Majorität zu schmälern,** zu verschachern. Darum vergalt der polnische Oberschlesier Gewalt mit Gewalt, wie er es von Deutschland gelernt hatte.

In letzter Stunde tut es **für die Deutschen** in Oberschlesien not, **Einkehr und Umkehr** zu halten. Einsehen müssen wir, dass wir nicht die Rechte einer Mehrheit leichtfertig und böswillig mit Füssen treten dürfen, dass wir ihnen, den bisher Unterdrückten, am Aufbau helfen müssen, auch um unserer Interessen willen.

England will helfen? Man kann es nicht glauben. England hat Deutschland wehrlos gemacht, hat ihm seine Flotte zerstört, den Handelsverkehr unmöglich

gemach. Es unterdrückt noch heute die nationalen Rechte seiner Bürger in Irland, Ägypten und Indien.

Der polnische Oberschlesier aber ist bereit, mit dem ehrlich gesinnten Deutschen in Frieden und Freundschaft zu leben zum Wohle Oberschlesiens, in dem die Rechte der Majorität ebenso geachtet sind, wie die Pflichten gegen die deutsche Minderheit.

Polen und **Deutschland** sind **Nachbarstaaten** geworden, aufeinander **wirtschaftlich** und dadurch politisch und kulturell **angewiesen.** Heute aber erschwert der Unverstand reaktionärer deutscher Diplomaten ein gedeihliches Zusammenarbeiten.

Darum müssen wir deutschen und polnischen Oberschlesier **alle Kräfte daran setzen,** um **zur inneren Einigkeit** und darüber hinaus zur Verständigung der beiden Staaten beizutragen.

Verständigung in letzter Stunde. Sie ist leicht erreichbar, wenn die deutschen Kreise dafür wirken wollen. Und unentwegt darauf hinzu arbeiten, aufzuklären, zu vermitteln und auszusöhnen, ist unser Ziel, wofür wir kämpfen und streben wollen.

L. Sp.

---

zum guten eintreten wird, denn die Personen, die vom Staate, von den Bürgern berufen wären, Ordnung aufrecht erhalten zu helfen, die sind blind und treiben eine **Vogel-Strauss-Politik.** Sie sehen nicht, was ein Blinder heute schon sehen muss, sie hören nicht, was sogar ein Tauber schon hören würde, denn sie sind unentwegt. **Unentwegt oder kurzsichtig-dumm. Es ist einerlei,** wie man es nennen will.

wie lange noch soll mein Geschäft darniederliegen, jeder Verkehr stocken und ich und meine Familie Mangel leiden, wo bekannt ist, dass in der Umgegend der zernierten Städte Überfluss herrscht, dass man z. B. für billiges Geld in Rossberg bei Beuthen kaufen kann, was in Beuthen zur Seltenheit und Delikatesse geworden ist? Wie lange noch sollen die Einwohner der Stadt Kattowitz darben müssen am notwendigsten Lebensbedarf, wo sie leicht haben könnten, was das Herz begehrt? Warum haben die Stadtväter der zernierten Städte es abgelehnt sich der Herrschaft der Freiheitskämpfer unterzuordnen, warum haben sie eine grosse Geste gefunden, wo es bitterer Ernst ist und die Bürgerschaft ein Anrecht hat, dass diese von ihr berufenen Volksführer ihre Pflicht tun und nicht Parvenüpolitik treiben? Wie kommen diese Menschen dazu, sich infolge der Wahnwitzideen verblendeter und veralteter Hirne in ihrer Freiheit und ihren Bedürfnissen geschmälert zu sehen, statt als freie Menschen unter Freien sich bewegen zu können.

Ich klage an! Der **Eisenbahnverkehr stockte,** weil es der Herr Einsenbahnpräsident und seine einseitigen deutschnationalen Ratgeber so wollen. Man hat hierüber allerlei Märlein unter das Volk gebracht und dieses hat es, als williges Herdenvieh, gerne geglaubt. So weigerten die Fahrleute sich angeblich, weil es ihnen an den Kragen gehe, wenn sie fahren würden. So sollen die Freiheitskämpfer angeblich die Züge beschiessen und rauben und plündern, was sich in ihnen befindet. **Lüge und Wahnwitz.** Ich sagte früher, dass in den ersten Tagen der Kämpfe notgedrungen ein Wirrwarr entstehen musste, dass sich aber die Leiter der Bewegung alle Mühe geben, **Ordnung und Zucht** in die Verhältnisse zu bringen und dass ihnen dies **überall dort** gelungen sei, **wo die Freiheitskämpfer** die **Herrschaft in den Händen halten.**

Es steht fest und kann in alle Ewigkeit nicht aus der Welt geschafft werden, dass in den besetzten Gebieten die Eisenbahnen ruhig und ungefährdet und fahrgemäss verkehren, dass sie heranschaffen, was nottut, dass die Reisenden, die sich einmal ordnungsgemäss legitimiert haben, unbehindert und ungefährdet fahren können.

Ein Beispiel. Der Bahnhof in Beuthen wurde von Freiheitskämpfern besetzt. Das war an einem Sonntag. Am kommenden Montagmorgen verkehrte der erste Zug und seither kommen und gehen die Züge zu den Zeiten, die dafür vorgesehen sind. Kleine Verspätungen kommen vor, die sind unvermeidlich, weil über den Personenverkehr hinaus, höhere Interessen auf dem Spiele stehen, weil eventuell ein Verpflegszug oder ein Militärtransport unbedingt früher fahren muss, als der Zug, der die Fahrgäste von einem zum andern Orte bringt. Das alles **muss die Leitung** der Bewegung mit einfachen, **oft kaum zureichenden Mitteln** vollbringen, aber sie vollbringt sie und sie **vollbringt diese Leistungen** mit staunenswerter Schnelle und Sicherheit, **weil der gute Wille vorhanden ist,** weil man Ruhe und Ordnung schaffen musste und geschaffen hat.

Dagegen hat die deutsche Eisenbahndirektion in Kattowitz sich wie ein trotziges Kind in einen Winkel gestellt und trotzt seither. Warum? Ich zweifle, dass der Herr Eisenbahnpräsident Schuhmacher es weiss, dass die massgebenden Faktoren hierüber erschöpfende und stichhaltende Aufklärung geben können. Die Kopflosigkeit, die diese verantwortlichen Herren ergriffen hat, sah man bereits am Dienstag, den 3. Mai 1921 früh morgens. Bis 11 Uhr vormittag war keiner der verantwortlichen Herren auf dem Platz, auf dem sie in bedrängter Zeit unbedingt hätten stehen müssen. Der Fahrdienstleiter auf dem Bahnsteig in Kattowitz konnte keine Auskunft geben, denn er hatte von der Direktion keine Informationen erhalten und konnte trotz seiner Bemühungen auch keine einholen, da diese tapferen Herren einfach unauffindbar waren. Das Volk in Not, so schrieen sie und sandten, solange es ging, Protest um Protest in die Welt hinaus. Wo aber weilten sie, die die erste Pflicht hatten sich mit der Leitung der Aufständigen zu verständigen, damit das Witrschaftsleben weiter seinen Gang gehen kann und nicht Mangel eintrete.

Das oberschlesische Wirtschaftsleben in den Städten liegt brach, die Waren nehmen rapide ab und es ist wenig oder gar keine Aussicht für eine Wendung.

Ich klage an! Sie alle, die heute mitschuldig sind, dass die Bürger der Städte, die deutschen Bürger auf dem Lande zum Teil sich in einen Wahn wiegen, der katastrofal zu werden beginnt. Ich klage an! Ob sie bei den Bahn- oder Postbehörden, im Stadthause oder in den Redaktionen sitzen mögen. Sie sind die Schuldigen, an deren Kurzsichtigkeit und mangelndem guten Willen wir deutschen und polnischen Bürger der Städte zu leiden haben, dass wir der Gefahr ausgesetzt sind, eines Tages irgendwie bedroht oder gefährdet zu werden.

Sine ira et studio, ohne Zorn und ohne Leidenschaft müssen wir die Lage der Dinge betrachten. Erst wägen, dann wagen. **Warum** immer die **Hetze,** den **Hass** und die **Aufstachelung** der nationalen Leidenschaften, durch die unsägliches Leid über unser kurzes Leben gebracht wird? **Warum** immer die **Schuld** dem **anderen zuschieben** wollen, wenn man selbst leichtfertig sein Schicksal zum schlechteren wendet?

Du sollst Deinen Nächsten lieben, wie **Dich selbst,** so sagt der Herr. Und dieses Wort darf nicht Phrase und Schall werden, der dem Ohrnerv vernehmbar wird und sofort verhallt im Winde. Dieses Wort muss eindringen in die tiefste Seele, muss nachklingen und immerdar und immerdar jedem bewusst sein.

Wir sind alle Menschen und müssen uns als solche das Leben zu erleichtern suchen. Durch die **unselige** Taktik der **Ostmarkenpolitik,** verrufensten Andenkens, wurde in unser oberschlesisches Volk die Zwietracht und der Hass gesäet, den **unverantwortliche Drahtzieher** der Preussen-Politik meisterhaft für ihre Zwecke auszunutzen verstanden. Heute noch sehen wir und erleben wir die **traurigen Folgen** dieser Hasspolitik am eigenen Leibe und **sehen tatenlos zu,** wie die uns schädigen, die unsere Interessen zu vertreten berufen wären.

Systematisch wurde das deutsche Volk in Oberschlesien dazu erzogen, zu glauben, dass der Pole ihm schlecht will und dass er, würde er zur Macht kommen, ihn restlos ausrotten würde, dass er geknechtet wäre und sich nicht seiner Sprache bedienen dürfe. Systematisch hat bis zum heutigen Tage die deutsche Presse alles daran gesetzt, diesen Glauben zu stärken und durch lügenhafte Märchen und Nachrichten noch tiefer zu wurzeln. Darum die Furcht der Deutschen vor dem polnischen System, darum die ängstliche Ablehnung einer Besetzung der Städte.

Ich klage an! Diese **lügenhaften Apostel und Volksvergifter,** sie treiben ein Spiel, dessen Verworfenheit nicht laut genug ausposaunt werden kann.

Wer von den deutschen Oberschlesiern kennt das Autonomiegesetz der Wojewodschaft Schlesien in seiner wahren Form?

In den Schmutz gezerrt wurde dieses Gesetz, das berufen war, Deutsche und Polen einander näher zu bringen. Als seinerzeit eine Artikelserie aufklärender und versöhnlicher Art in der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ erschienen ist, da fielen die deutsche Presse und die massgebenden deutschen Kreise darüber her, als ob es ein Produkt des Satans wäre. Denn man **wollte nicht Verständigung aufkommen** lassen zwischen dem polnischen und deutschen Oberschlesier, da sonst die **schmutzigen Machenschaften durchschaut** worden wären, die man in Berlin und noch mehr in Breslau ausheckte.

Die Worte von Verständigung und politischem Näherkommen, sie verhallten, wie der Ruf des Predigers in der Wüste, denn die Masse der Deutschen betete ihrer Presse nach und diese oberschlesische deutsche Presse war ein williges Spielzeug einiger weniger Unverantwortlicher, die aus der Politik und den höchsten Gütern des oberschlesischen Volkes ein gutes Geschäft machten.

Wehe, dreimal wehe dem Redakteur, der es wagte, offen zu bekennen, dass es ein frevelhaftes Spiel sei, das man mit dem Volke und seinen nationalen Gefühlen treibe. Fluch dem, der zu sagen wagte, dass man Millionen hinauswarf, um Hass,

Das Beuthener Blutopfer.

Die **wahnwitzige** Form der **deutschen Pressepropaganda,** die sich noch immer mit verbundenen Augen gegen Tatsachen sträubt, **hat über Beuthen schwere, blutige Tage heraufbeschworen,** Tage, die die Einwohner mit Angst und Schrecken erfüllten und die Nächte ruhelos zuzubringen zwang, blutige Tage, die auch unschuldige, blutige Opfer forderten.

Und warum dies alles? Lediglich weil eine kleine Clique des Militarismus ihre Existenzberechtigung **nachweisen** wollte, weil diese unverantwortlichen Elemente nicht umsonst die Gelder beziehen wollten, die ihnen seit Jahr und Tag in Millionen ausgezahlt werden. Weil diese Menschen nicht Ordnung und Zucht halten konnten und wollten. Denn **es steht fest,** dass sich die **Machenschaften der deutschen Stosstruppler,** oder wie sie sich stolz heissen „Deutsche Selbstschutzorganisation", **nicht nur gegen die Polen** richteten, vielmehr eine Kampfansage **gegen die französische Besatzung** der Stadt waren. Dies ist bewiesen. Hätten sich nämlich die Stosstruppler nur gegen die Polen gewendet, dan hätten sie Versuche zu einem Ausfall aus der Stadt machen müssen, ähnlich, wie dies in Gleiwitz geschehen ist. Die Selbstschützler in Beuthen aber wandten sich **meuchlerisch gegen ihnen bekannte und missliebige Polen in der Stadt und dann, als natürlich die Besatzungstruppen eingreifen mussten, gegen die Franzosen. Das werden weder die Stosstruppler noch ihre Führer und Brotgeber in Breslau ableugnen können. Denn es ist historisch erwiesen.**

Und deshalb ist es interessant zu untersuchen, wie alles kam. Auch welche Stellung die Presse dazu nahm.

Vor allem sei festgestellt, dass es galt irgend einen **äusseren Anlass** zu finden und man suchte und fand ihn, indem man bekannte, missliebige Polen zu provozieren und zu verprügeln suchte. Zwei Herren, die viel in polnischen Kreisen verkehrten, boten einen guten Moment hierfür und unter Führung des bekannten Möbelhändlers **Tichauer** aus Beuthen, Bahnhofstrasse, nahm die Sache ihren Beginn. Es gelang aber nicht ganz nach Wunsch, denn die beiden Herren, denen die Prügel zugedacht waren, konnten sich davor retten und wurden unter französischer Assistenz nach Hause gebracht. So pöbelte man am gleichen Tage, es war am Freitag, den 27. Mai am Abend, andere bekannte Polen an und als einer seinem gequälten Herzen Luft machte, hagelte es nur so von Hieben. Aber auch dieser konnte, verhältnismässig noch leicht verletzt, entkommen. Als **die Kavallerie einschritt,** wurde sie **mit Schmährufen und Pfiffen empfangen.** Nicht anders erging es dem kommandierenden General der Garnison Beuthen, **le Comte Denis.** Auch er wurde mit beleidigenden Rufen bedacht und musste erst von seinen Truppen effektiv befreit werden. Die Stunde war am Freitag zu vorgerückt, als dass die Stosstruppler zur Aktion hätten schreiten können, darum verlegte man dies auf Sonnabend. **Sonnabend früh** erfolgte, das **ist** beobachtet und festgestellt, im deutschen Plebiszitkommissariat in Beuthen **Befehlsausgabe** und **Geldverteilung.** Eine vom ersten Bürgermeister erlassene Kundgebung auf Einhaltung der Vorschriften des Belagerungszustandes wurde missachtet. Die **Massen** trieben sich auf den Strassen umher und **provozierten** durch Rufe und Pfiffe **die Franzosen.** Und so kam was kommen musste. Die Truppen machten, gemäss ihren Befehlen, von der Waffe Gebrauch und die **Deutschen schossen** wieder. Der gesuchte Anlass war da, das Spiel konnte beginnen. Wer trägt den Schaden? Nicht die Akteu-re der Tragikomödie, die bezahlten Stosstruppler.

Die unschuldige Bürgerschaft alleine ist der leidtragende, beklagenswerte und geschädigte Teil.

Man hätte annehmen können, dass **die deutsche Presse** der Wahrheit die Ehre geben werde und ungeschminkt und aufrichtig die Sachlage beurteilen, oder besser gesagt, verurteilen werde. Doch das Gegenteil trat ein. Es gibt zweifelsohne Situationen, wo man eine **einseitige Stellungnahme** der deutschen Presse verstehen könnte und auch zu entschuldigen bereit ist. Nicht in diesem Falle.

Die deutsche Presse hatte die effektive und moralische Pflicht die öffentliche Meinung aufzuklären und zu beruhigen. Indem sie dies nicht tat und ihr möglichstes aufbot, die Gegensätze zu verschärfen, hat sie sich zum Schädling der Interessen ihrer deutschen Mitbürger gestempelt. Niemals durfte sie eine Lüge gebrauchen und schreiben:

„...Polnische Agenten mischten sich unter die Passanten und provozierten die Massen..."

Wie immer **die Blätter** heissen mögen, ob „Landeszeitung", „Oberschlesischer Kurier", „Kattowitzer Zeitung" oder „Volkswille", sie alle **wissen nur** von der **Schuld der Polen** zu sprechen und **nicht,** dass die Deutschen, nicht die ruhigen und ordnungsliebenden Elemente, sondern die unverantwortlichen, sogenannten **Stosstruppler,** leichtfertig die grausigen **Ereignisse heraufbeschworen** haben, die unschuldvolle und gerechte Opfer forderten. Opfer jedesfalls, die auf jeden Fall zu beklagen sind, denn sie erheischten Menschenleben, die vielleicht noch zu wertvollem Schaffen berufen waren.

Und warun dies alles?

Für die ordnungsliebenden und **friedlichen Bürger** der Stadt Beuthen aber **erwächst** nun **eine Pflicht,** die Pflicht der Ordnung und des Anstandes erheischt dies, nämlich zu erklären:

„Wir, die wir Ordnung und Ruhe wollen und lieben, wir haben mit diesen Drahtziehern und leichtfertigen Abenteuerern nichts gemein".

Die Entrüstung, die diese Herren hatten gegen die angebliche Provokation der französischen Truppen, die hätten sie weniger geräuschvoll und opferreich äussern können. Aber sie wollten eben sich zeigen und ihre Gelder rechtfertigen. Mir kommen die Worte Mephistos in den Sinn: „Wozu der Lärm, was steht den Herren zu Diensten?"

Ich glaube kaum, dass einer der Schuldigen diese Frage mir wird beantworten können.

Zwietracht und Leidenschaft zu säen. Er wurde verfehmt und verflucht und als Renegat und ehrloser Schuft verrufen. Was immer geschah, wo immer ein Verbrechen verübt wurde, es war **der Pole,** der Pole, der **zu niedrig** und zu schmutzig war, **um als Mensch zu gelten.** So die deutsche Presse, so die Mehrzahl der deutschen Führer, die ihre Macht missbrauchten und in vielen, ja fast allen Fällen ihre Regierung falsch informierten.

Und warum? Weil diese Kreise Interessen-, Cliquen- und Freundschaftpolitik treiben mussten, sich bereicherten an Steuergeldern der deutschen und polnischen Bürgerschaft, weil sie gewissenlos genug waren, die Augen zu schliessen, obwohl sie den Abgrund sahen, in dem sie das oberschlesische Volk, gleichgültig welcher Nationalität, hineintrieben.

Ich klage an! Sie alle, die den polnischen Oberschlesier in den Kot zerrten und den deutschen Oberschlesier zu Hass und Blindheit erzogen.

Wir Oberschlesier müssen zur Einigkeit und zur Verständigung kommen, müssen abschütteln, was sich uns an drathzieherischen Parasiten wider Willen aufgedrüngt hat und uns ohne Rücksicht auf das Zetergeschrei dieser gewissenlosen Hetzer, versöhnend die Hand reichen. Wir können es, wenn wir es wollen und ich weiss es, dass der polnische Bürger dem anständigen deutschen Oberschlesier gerne und freudig die Hand reichen wird, wenn sie ihm ehrlich und ohne falsche Gedanken geboten wird.

Freilich wird für die kaum Raum sein, die gewissenlos den Deutschen gegen den Polen verhetzten und ich glaube auch kaum, dass diese Herren überhaupt hier ausharren werden. Sie salien hier **nur das Geschäft** und nicht mehr und wollten verdienen, mehr nicht. Und so säten sie Hass, um Gold ernten zu können.

Die Zeiten sind ernst und wir brauchen unsere Kräfte, ein sturmfestes Haus Oberschlesien aufzubauen. Wir brauchen alle, ob Pole oder Deutscher, aber alle müssen ehrlich gewillt sein, mitzuarbeiten am Aufbau. Herren im eigenen Hause wollen wir sein und werden es sein können, wenn wir einig sind.

Und einig können wir sein, wenn wir eines guten, ehrlichen und aufrichtigen Willens sind. Wir deutschen Oberschlesier müssen erkennen, dass wir alle Menschen sind und müssen anerkennen, dass **der Pole hier Stammansässig ist.** Es ist **eine bittere Pille,** ich gebe es offen zu, aber sie muss geschluckt werden, wenn wir zur Ruhe und Ordnung zurückkehren wollen. Wir Bürger in den Städten sind der leidende und leidtragende Teil. Wir Burger in den Städten darben und leiden, weil wenige Einzelne sich sträuben gegen die Vernunft. Aber wir müssen zu einem Ende kommen, damit es nicht ein Schrecken ohne Ende werde. Und darum deutsche Oberschlesier Augen auf!

Ich klage an die Schuldigen! Wir anderen wollen gesunden und einig sein!

— L. Sp.

Versprechen und halten ist Zweierlei.

Beuthen, O.-S. den 29. April 1921.
Plebiszit-Kommissariat für Deutschland
Unterkommissariat O.-S. Bahnhofstr. 18
Technische Abteilung Fernruf 877 Tagebuch-No. W 1151.

An
das Plebiszitkommissariat für Deutschland
Kattowitz.

In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Bittschrift der „Wola Ludu" Mitarbeiter mit dem Ersuchen die Angelegenheit zu prüfen und eventl. an die zuständige Stelle (unseres Wissens ist es Herr Landrat Lukaschek) weiter zu reichen. Wenn die Angaben der Leute auf Wahrheit beruhen, so sind sie offenbar von ihren Mittelsmännern Lindenstrauss und Pietruschka übervorteilt worden. Da eine schwere Schädigung der deutschen Sache zu befürchten ist, wenn die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gezerrt wird, so erscheint es angebracht, für die Leute wenigstens so lange zu sorgen, bis die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist. Auf jeden Fall erscheint die Angelegenheit einer eingehenden Untersuchung wert. Wir haben den Angaben der Antragsteller um so mehr Glauben beimessen zu müssen geglaubt, als heute ein Bote der hiesigen Krankenkasse vorstellig wurde und sich darüber beschwerte, dass der Verlag „Wola Ludu" für seine Angestellten überhaupt noch keine Krankenkassenbeiträge gezahlt habe. Mit der Bitte um Prüfung der Angelegenheit.

Hochachtungsvoll
(Stempel) Unterschrift: Dr. Bahr.

Beuthen O.-S., den 26. April 1921.

Es erscheinen die Herren Kurt Morlitzer und Alois Bogdol aus Biskupitz bezw. Beuthen O.-S. Sie erklären:

Wir waren als Mitarbeiter bei der „Wola Ludu" vom 4. Jan. 1921 bis 9. April 1921 agitatorisch tätig. Am 26. März ds. J. sind wir mit Gehalt bis zum 9. April 21 entlassen worden. Uns wurde bedeutet, falls wir keine Stellung in der Zwischenzeit bekämen, so sollten wir uns wieder melden; wenn wir nachweisen könnten, dass wir uns um Stellung bemüht hätten, so würden wir weiter unterstützt werden. Durch unseren Vertrauensmann Maczionzek war uns zugesichert worden, dass man uns über Wasser halten wollte, bis wir eine feste Stellung bekämen oder bis ruhige Verhältnisse in O.-S. eingekehrt wären. Als wir am 11. April ds. J. uns wieder melden wollten, — infolge unserer politischen Tätigkeit war es uns nicht möglich, Stellung zu bekommen — stellten wir zu unserem Erstaunen fest, dass der Verlag aufgelöst war und die Herren verschwunden waren. Ich, Kurt Morlitzer, bin gleichzeitig im Auftrage meiner Kollegen zusammen mit 4 anderen nach Breslau gefahren, um vorstellig zu werden. Dort wurden wir jedoch, als wir nach Dr. Walter fragten, im Vorzimmer von einem Kriminalbeamten unter der Beschuldigung, wir beabsichtigten eine Attentat zu verüben, festgenommen. Wir erhielten unsere Papiere erst auf dem Polizeipräsidium wieder, wo wir nach Aufklärung des Sachverhaltes entlassen wurden. Kommissar Weitzel, der uns festnahm, riet uns an, Breslau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Unser angenommen hat sich nur Kommissar Liss auf dem Pol.-Präsidium, der uns aufforderte, ihm den gesamten Sachverhalt schriflich klarzulegen, was wir auch getan haben. Wir bitten, dass man uns zu unserem Rechte verhilft.

v. g. u. gez. Kurt Morlitzer, Alois Bogdol.

Beuthen O.-S., den 2. Mai 1921.
Bahnhofstr. No. 28.

An das Deutsche Plebiszitkommissariat
zu Händen des H. Hoffmann Wohlgeboren
Hier.

Ganz ergebenst wage ich es, Sie notgedrungen mit einer Bitte zu belästigen.

Ich war vom 15. 11. 1920 bis 15. April 1921 Schriftleiter der beliebt gewordenen „Wola Ludu" — „Der Wille des Volkes!" — des Propagandablattes, welches in die Festung Lomnitz und ins Polenlager grosse Scharten einschlug.

Seitens des Geschäftsführers, — eines früheren Arbeiters, späteren Polizisten aus Rossberg namens Lindenstrauss sind während des Abstimmungskampfes verschiedene Veruntreuungen und Unterschlagungen begangen worden. Mich insbesondere hat man am 15. April ohne jede Kündigung und ohne Geld entlassen, trotzdem vorher mir goldene Berge versprochen wurden, wenn ich bis zum Schluss aushalte.

Ich stehe auf der Totenliste im Hotel Lomnitz und meine Familie in Gr. Zyglin Kreis Tarnowitz schwebt in steter Lebensgefahr.

Ohne Subsistenzmittel kann ich unmöglich weiterexistieren und wende mich vertrauensvoll an Sie mit der ganz ergebensten Bitte um Schutz und Hilfe, weil ich mich in Gr. Zyglin persönlich nicht sehen lassen darf, um von den Radikalpolen dieser Ortschaft nicht beseitigt zu werden.

Ein Quartier benötige ich vom 10. auf die Dauer von etwa 14 Tagen.

Ebenso bitte ich um angemessene Geldspende, bis der Herr Oberpräsident Bitta — Breslau, — welchen ich am Freitag den 29. N. nun persönlich Vortrag gehalten habe, die Angelegenheit meiner Entschädigung geregelt haben wird.

Einem wohlwollenden Bescheid entgegensehend, zeichne mit vorzüglichster Hochachtung ganz ergebenst

Bernhard Zmuda.

Erklärung:

Beuthen, den 28. April 1921.

Wir ehemaligen Mitarbeiter des oberschlesischen Plebiszit-Komitees — „Organ Wola Ludu" — erklären folgendes:

Seit dem offiziellen Bestehen des Oberschlesischen Plebiszit-Komitees (Anfang Oktober 1920) war der weitaus grösste Teil von uns, ein geringerer Teil je nach dem Tage der Einstellung, politisch im Dienste der deutschen Propaganda tätig. Diese Tätigkeit war durchaus öffentlich und erstreckte sich auf mündliche Agitation und den Vertrieb der „Wola Ludu" auf allen Eisenbahnlinien Oberschlesiens; durch Verteilung auf Jahr- und Wochenmärkten aller grösseren oberschlesischen Ortschaften und Verteilung aus Kraftfahrzeugen beim Befahren des Abstimmungsgebietes.

Dass diese Tätigkeit nicht ungefährlich war, beweisen die häufigen Zusammenstösse mit polnischen Stosstrupplern, wobei einige von unseren Leuten Verletzungen davongetragen haben, so dass ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden musste. (Behandlung Herr Sanitätsrat Dr. Bloch).

Um uns in unserer Tätigkeit noch mehr anzuspornen und unsere aufsteigenden Bedenken betr. unserer späteren Zukunft zu zerstreuen, wurde uns von dem Verleger der „Wola Ludu" Herrn Lindenstrauss, jetzt wohnhaft in Neisse, eine von der Breslauer Zeitung abgegebene ehrenwörtliche Versicherung überbracht, für unsere Zukunft nach erfolgter Abstimmung Sorge tragen zu wollen. Schriftliche Unterlagen wurden verweigert unter Hinweis auf Geheimhaltung der wirklichen leitenden Stellen.

Nachdem nach erfolgter Abstimmung unsere politische Tätigkeit als beendet erklärt worden ist, wurde der grösste Teil der Mitarbeiter vom 9. April ab entlassen und einigen anderen von diesem Tage ab gekündigt, ohne die vor der Abstimmung gemachten Zusagen einzulösen.

Herr Lindenstrauss zusammen mit dem Artikelschreiber Pietruczka verschwanden aus Oberschlesien. Gegenwärtig halten sich in Neisse bezw. Brieg auf.

Auch von Seiten der Breslauer Leitung wurden absolut keine Anstalten getroffen, um die ehrenwörtliche Versicherung in die Tat umzusetzen.

Eine von uns abgesandte Abordnung begab sich deshalb nach Breslau, um unsere Wünsche an der für uns in Betracht kommenden Stelle anzubringen. Diese Vertrauensleute begaben sich in die Büroräume der Leitung.

Dort wurde ihnen erklärt, sich an der richtigen Stelle zu befinden; jedoch wäre der Herr, der die nötigen Vollmachten besitzt, abwesend und könne am nächsten Tage erst eintreffen.

Als am nächsten Tage die Abordnung wieder vorsprach, wurde sie vom Herrn Kriminalkommissar Weitzel empfangen.

Dieser Herr hielt es nicht einmal für notwendig, sich an die einfachsten Anstandsregeln zu halten, sondern er liess die Vertrauensleute unter einem nichtigen Vorwande nach dem Breslauer Polizeipräsidium bringen. Dort wurden diese bis in den Nachmittag hinein festgehalten.

Die Vernehmung leitete Herr Kriminal-Kommissar Lyss.

Alle weiteren daraufhin von hieraus erfolgten schriftlichen Eingaben wurden vom Herrn Weizel nichtssagend oder gar nicht beantwortet.

Eine an die Breslauer Regierungsstelle gerichtete Eingabe und Beschwerde, um deren Vermittlung „Herr Gall", Leiter vom Schlesischen Ausschuss, Kaiser-Wilhelmstr. 24 gebeten wurde, ist bis jetzt unbeantwortet geblieben.

Eines Kommentars unsererseits, einem derartigen Verhalten uns gegenüber, bedarf es wohl kaum.

Da wir durch unser offenes Auftreten im Dienste der deutschen Propaganda fast im ganzen Abstimmungsgebiet, besonders im polnischen Lager bekannt sind, können wir in Anbetracht dessen dass die Mehrzahl von uns im Gruben- und Hüttenbetrieb tätig war, an die Gründung einer Existenz vor Entscheidung über Oberschl. Zugehörigkeit garnicht denken.

Das Schicksal der 10 Josefstaler würde uns bald ereilen. Dem Rest als Grenzgestellte würde es wohl auch nicht besser ergehen.

Jeder Kenner der oberschlesischen Verhältnisse wird uns zu unseren Ausführungen nur zustimmen.

„Dringende Abhilfe ist rasch erforderlich". Oder sollen wir Opfer des Propagandakrieges werden?"

Stehen doch schon einige von uns gänzlich mittellos da, nur noch gehalten durch die Mildtätigkeit ein paar bessergestellter Kameraden.

In der Hoffnung, dass durch dieses Schreiben Schritte zur Besserung unserer Notlage unternommen werden, zeichnen wir

hochachtungsvoll
die ehemaligen Mitarbeiter der „Wola Ludu!"
Kurt Morbitzer, Heinrich Plachetka, Friedrich Russek, Philip Dicksy, Alois Kohl, Johann Zillak, Alois Bogdan, Hartlapp Johann, Macigończyk Wilhelm, Hartlapp Paul.

Beteiligt sind noch die Herren: Kolodziel Max, Zydek Peter, Gagalon Willi, Malinowski Anton, Ossadnik Franz, Tkosch Max. Die Unterschriften dieser Herren konnten nicht beigebracht werden, da sie augenblicklich nicht zu erreichen sind. Antwort erbeten an Heinrich Plachetka, Beuthen O.-S. Goystr. 21.

Redaktion, Druck u. Verlag Dr. Felix Sterne,
Myslowitz O.-S.